

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

IHK-Vollversammlung zur Bundestagswahl:

### **Bürokratieabbau: Bundesregierung bekommt eine „vier minus“**

**Halle (Saale), 27. September 2017.** Drei von fünf deutschen Unternehmern beklagen gegenwärtig zu viel Bürokratie in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Bei ihrer Herbstsitzung hat die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK) die wichtigsten Punkte für die Reformagenda der kommenden Bundesregierung diskutiert. „Beim Thema Bürokratieabbau bekommt die Berliner Wirtschaftspolitik von uns bisher nur eine ‚vier minus‘“, fasst IHK-Präsidentin Carola Schaar die Ergebnisse des aktuellen DIHK-Unternehmensbarometers zusammen.

Handlungsbedarf sieht die IHK auch bei der Infrastruktur: „Wir brauchen schnelle Datenautobahnen nicht minder dringend als die A143 oder die A14“, so die Präsidentin. Berlin müsse den Ausbau hier wie dort energisch vorantreiben. Und die ebenso exportabhängige wie energieintensive Industrie im Lande hänge an bezahlbarer Energie, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Zudem fehlten zukunftsweisende Antworten auf die demografischen Herausforderungen, kritisierte Schaar. „Es gilt nicht nur, den Arbeitskräftemangel intelligent zu bekämpfen – uns fehlen vielfach auch Gründer und Nachfolger für unsere Unternehmen.“

„Das Aufgabenspektrum ist breit, aber im Grunde haben wir nur eine einzige Forderung an die nächste Regierungskoalition: Machen Sie mehr Wachstum für unser Land möglich“, betont Schaar. Denn Sachsen-Anhalt hinke beim Wirtschaftswachstum weiter hinterher, die Bilanz der vergangenen Berliner Legislaturperiode falle ernüchternd aus: „In den vier Jahren nach der Bundestagswahl 2013 ist unsere Wirtschaft kumuliert um magere 3,1 Prozent gewachsen; das Wachstum der ostdeutschen Länder insgesamt war im Schnitt mit 6,3 Prozent mehr als doppelt so groß!“

**189/2017**